Die Frage nach dem Boden der Zukunft

Die endliche Ressource Boden verkommt immer mehr zur Ware.

Es hängt von uns ab, wie weit wir den Ausverkauf zulassen. **Uwe Greff** ruft dazu auf, unsere Landschaft aktiv zu gestalten und den Boden jenen zur Verfügung zu stellen, die mit Bedacht und Weitsicht damit umgehen.

andschaft war in der Vergangenheit im ständigen Wandel begriffen und wir können daraus ableiten, dass das auch in Zukunft so sein wird. Und dabei spielt der Mensch eine große Rolle: In Deutschland gibt es bis auf wenige Kleinstnischen keine Natur mehr, sondern eine vom Menschen nach seinen Bedürfnissen und jeweiligen Möglichkeiten geformte Kulturlandschaft. Diese umfasst in Deutschland 357 375 Quadratkilometer.

Gibt es Hinweise, in welche Richtung der Wandel in den nächsten Jahrzehnten gehen wird, oder können wir das selbst beeinflussen? Schauen wir uns dafür ein paar Einflussfaktoren an, die über die Zukunft unseres Bodens bestimmen. In einigen Bereichen sind Veränderungen bereits in vollem Gange und können vielleicht noch abgemildert, aber nicht mehr völlig verhindert werden.

Die Faktoren

An erster Stelle steht hier sicher der *Klimawandel*. Inzwischen gilt es als eher unwahrscheinlich, dass sich die Durchschnittstemperatur um weniger als zwei Grad Celsius erhöhen wird. Während an Kälte und Feuchtigkeit angepasste Tier- und Pflanzenarten verdrängt werden, wandern Wärme und Trockenheit liebende Arten zunehmend ein. Die anzubauenden Pflanzen und der Anbau selbst werden sich deutlich verändern müssen.

Ein weiteres brisantes Thema ist der *Landschafts- oder Flächenverbrauch*. Damit ist insbesondere die Versiegelung der Böden durch Bebauung oder Infrastruktur gemeint. Auch wenn man in den letzten Jahren versucht hat, die Flächeninanspruchnahme durch Innenverdichtung zu reduzieren,

kommen in Deutschland täglich über 65 Hektar an bebauter Fläche hinzu beziehungsweise gehen anderen Nutzungen wie Landwirtschaft, Forst, Naturschutz und Erholung verloren. Die Landwirtschaft umfasst circa 52 Prozent der Gesamtfläche, hinzu kommen 30 Prozent Wald, drei Prozent Wasser und circa 14 Prozent Siedlungs- und Verkehrsfläche, wobei der Anteil der Landwirtschaft von Jahr zu Jahr sinkt. Gleichzeitig steigt die Intensivierung und Monotonisierung weiter; Herbizide und Insektizide sowie Düngemittel haben immer noch einen negativen Einfluss auf die Biodiversität und die Reinhaltung von Grundwasser, Flüssen und Meeren. Und die Landwirtschaft wird sich weiter wandeln: Wer heute als Landwirt einen Hof sucht, dem stehen mehr als fünf abgebende Landwirt*innen gegenüber (demografischer Wandel). Was gestern noch für ein Familieneinkommen ausreichte, ist bei veränderten Lebensbildern - auch Bäuerinnen und Bauern suchen nach Work-Life-Balance – nicht mehr zukunftsfähig. In Studien gehen die Uni Göttingen und die DG Bank von einem Rückgang der Anzahl der Landwirtschaftsbetriebe von heute 270 000 auf 130 000 aus. Die Folge werden – und sind es oft schon heute - deutlich größere Höfe sein, die mit einer kapitalintensiven Technisierung der Landwirtschaft dem Fachkräftemangel und den veränderten Lebensgewohnheiten begegnen.

Ein weiterer Faktor ist die *Energieproduktion*. Die Bundesregierung macht Tempo beim Ausbau erneuerbarer Energien. Sie will die Nutzung von Agrarflächen für die Photovoltaik erleichtern – und große Potenziale ausschöpfen. Ziel ist laut Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne), "einen optimalen Ausgleich zwischen den Anforderungen der Landwirtschaft und der Energieproduktion sowie dem Schutz der Natur zu gewährleisten". Agri-PV ermögliche der Agrar-



wirtschaft, einen Beitrag zur Versorgung mit erneuerbaren Energien zu leisten und landwirtschaftliche Nutzflächen trotzdem weiter bewirtschaften zu können. Wie auch immer die Regelungen im Detail aussehen, so muss sich die Landwirtschaft damit auseinandersetzen, an welchen Stellen die Energieproduktion Vorrang vor der Futter- und Lebensmittelproduktion hat beziehungsweise ab wann bei Grenzertragsböden (wenig Wasser und viel Sand) bei steigenden Kosten für Produktionsmittel wie Diesel die Wirkung auf den Klimawandel und die Biodiversität höher ist als bei einer weiterhin ausschließlich landwirtschaftlichen Bewirtschaftung. Ideen zur Doppelnutzung (nicht nur Schafbeweidung) werden benötigt.

Die Auswirkungen auf den Boden

Klimawandel, Bebauung, Landwirtschaft und Energieproduktion nehmen also großen Einfluss auf die Zukunft unseres Bodens. Doch welche Auswirkungen hat dies auf die für uns entscheidenden Qualitäten des Bodens?

Die meisten der bereits jetzt abzusehenden Entwicklungen führen eher zu einem weiteren Artengrückgang, zu einer weiteren Dezimierung der biologischen Vielfalt (Biodiversität). Trotz der EU-Schutzgebiete und der verschiedenen Biodiversitätsstrategien ist es hier noch nicht zu grundlegenden Änderungen gekommen. Hieran wird auch wenig ändern, dass jetzt auch die Bioanbauverbände planen, die Landwirt*innen

deren Biodiversitätsleistungen dokumentieren zu lassen. Vielmehr braucht es auf die jeweilige Region abgestimmte Best-Practice-Beispiele, die Bäuerinnen und Bauern aufgreifen und im Idealfall auch vergütet bekommen.

Es wird geschätzt, dass weltweit rund ein Drittel der Böden bereits mittelmäßig bis hoch degradiert, das heißt die Bodenfruchtbarkeit massiv gesunken ist. Gründe hierfür sind Bodenerosion durch Wind und Wasser, Bodenverdichtung, Bodenversauerung sowie die Belastung von Böden mit chemischen (Schad-)Stoffen. Das bedeutet: Die Erde ist heruntergewirtschaftet und zum Teil im Sinne des Wortes verwüstet. Fruchtbarer Erdboden schwindet weltweit. Vor allem dort, wo Wälder vernichtet werden (das verursacht etwa 30 Prozent der Bodenzerstörung), Grasland überweidet (35 Prozent) und Ackerbau nicht nachhaltig betrieben wird (27 Prozent). Allein in Deutschland gehen der Landwirtschaft im Durchschnitt pro Jahr

und Hektar zehn Tonnen fruchtbarer Boden durch Erosion und Humusabbau verloren. Dem gegenüber steht ein jährlicher natürlicher Bodenzuwachs von nur etwa einer halben Tonne pro Hektar. Der Boden wird also rund 20-mal schneller zerstört, als er nachwächst. Dieses Ungleichgewicht ist schon lange bekannt und gehört zu den großen Herausforderungen der Weltgemeinschaft. Wir brauchen mehr und auch neue Konzepte, um die Bodenfruchtbarkeit nicht nur zu erhalten, sondern aufzubauen: Das ist das wichtigste Ziel regenerativer, aufbauender Landwirtschaft.

Humuserhaltende Bodennutzung ist bereits seit 1999 im Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) in § 17 durch "die gute fachliche Praxis in der Landwirtschaft" gesetzlich vorgeschrieben: "Zu den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis gehört insbesondere, daß (...) der standorttypische Humusgehalt des Bodens, insbesondere durch eine ausreichende Zufuhr an organischer Substanz oder durch Reduzierung der Bearbeitungsintensität erhalten wird" (BBodSchG §17, Absatz 7). Doch mangelt es offensichtlich an der Umsetzung, wie unter anderem die Bodenzustandserhebung des Thünen-Instituts nahelegt. Trotz aller Versuche und Maßnahmen der Vergangenheit ist der Humusaufbau als ein Leitprinzip der Landwirtschaft noch nicht ausreichend verankert und wirksam. Gleichwohl wird die Einführung von Humuszertifikaten zum Klimaschutz gefordert; deren Wirkung wird jedoch gering sein, wenn diese genutzt werden, um sie mit Treibhausgasemissionen zu verrechnen. Projekte und Maßnahmen, die zu Humuserhalt und -aufbau führen und die Landnutzung

von einer Treibhausgasquelle zu einer Ttreibhausgassenke machen, sind ausdrücklich zu begrüßen, solange diese nicht zur "Aufrechnung" von Emissionen über Zertifikate verkauft werden. Die Gefahr von Greenwashing ist dann doch wieder zu groß.

Der wichtigste Hebel für die Gestaltung des Bodens

Täglich können wir in den Medien lesen, dass es mehr Wertschätzung für Lebensmittel bedarf und wir weniger versiegeln sollen. Und je nach Blickwinkel gibt es viele weitere Gestaltungshinweise rund um das Thema Boden. Doch ein Thema wird trotz der Diskussion über Landgrabbing und außerlandwirtschaftliche Investoren leider weiterhin vernachlässigt: das Eigentum. Dabei sollte der Blick nicht verengt werden auf die Frage, wer Eigentümerin oder Eigentümer (staatlich, privat, gemeinwohlorientiert) ist. Sondern wir müssen die Landeigentümer*innen dafür begeistern, sich für den Boden zu engagieren.

Artikel 14 Abs. 2 des Grundgesetzes stellt fest: "Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen." In der Realität wird Boden von Jahr zu Jahr mehr zur Ware degradiert, bei der es nur noch um den Preis geht. Kauf- und Pachtpreise steigen bei knappem Angebot – pro Jahr werden gerade einmal circa zwei Prozent des Landes verkauft; Bodenqualität, Humuserhalt und Nutzungsarten spielen kaum noch eine Rolle. Vielmehr scheint es, dass insbesondere im Pachtmarkt – geleitet auch von dem schlechten Vorbild der staatlichen Eigentümer – immer mehr auf den Zug aufspringen wollen: Ich will auch ein Stück vom Kuchen, das der Landwirt doch vom Staat jedes Jahr geschenkt bekommt!

In Deutschland weiß man kaum etwas über die Eigentumsverteilung der Landwirtschaftsfläche. Statistisch erfasst wird lediglich, wie viel Eigentumsfläche die landwirtschaftlichen Betriebe haben. Doch wem gehört die Pachtfläche (über 60 Prozent im Bundesdurchschnitt) und vor allem: Wie ist das Eigentum verteilt? Gibt es eine nennenswerte Eigentumskonzentration? Wenn über Änderungen der bestehenden Gesetzgebung zum Grundstücksverkehr nachgedacht wird, dann sollten solche Daten vorliegen. Landeigentum wird in Deutschland im Grundbuch dokumentiert. Der Agrarausschuss im Deutschen Bundestag hat in einer Beratung erhebliche Wissenslücken zum Thema Bodeneigentumsverteilung festgestellt. Doch außer einige Studien zu beauftragen, klagt der Staat weiterhin über spekulative Landkäufe und schützt gleichzeitig die Grundeigentümer*innen weiter vor Transparenz. Die Niederlande gehen da andere Wege und veröffentlichen die Eigentumsverhältnisse, ohne dass dort jemand den Verzicht auf Datenschutz beklagt.

Die letzten Jahrhunderte war die Landwirtschaft weitgehend von einem dynastischen Familienbild geprägt. Dieses bröckelt seit Jahren. Immer mehr Menschen entscheiden sich bewusst für den Beruf der Landwirtin oder des Landwirts und nicht mehr nur aus Familientradition. Familien suchen neue *Eigentumsformen*, da das Auszahlen der weichenden Erben immer häufiger zur Zerstörung der Betriebe führt. Und als zusätzliche Gestaltungsformen sind vielfältige Modelle kooperativer und gemeinwohlorientierter Landwirtschaft entstanden, bei denen das Eigentum nicht im Privateigentum, sondern im Gemeinschaftseigentum liegt. Noch sind diese Formen zu wenig bekannt und in der gesellschaftlichen und politischen Betrachtung bisher zu wenig gewürdigt und beachtet, aber der Generationenwechsel führt zu alternativen Formen.

Doch was können wir vor allem in den Medien lesen? Wenig über neue Formen, sondern: Land wird aufgekauft. Landgrabbing auch in Deutschland, Geldanleger investieren in Boden, Investition in Höfe zur Rohstoffsicherung. Das sind und waren auch in den letzten Jahrhunderten Motive für Landinvestitionen; auch wenn dies in einigen Regionen nicht erwünschte Entwicklungen hervorruft, so ist die pauschale Bewertung von Käufer*innen nicht zielführend. Wir brauchen mehr Menschen, die Landwirtschaft betreiben wollen, und daran müssen wir Käufer*innen messen. Nachhaltige Landwirtschaft betreiben und ermöglichen, statt Boden wie Ware behandeln.

Aktiv entscheiden, statt nur reagieren

Die wichtigste Botschaft ist dabei, wenn wir in den obigen Aspekten etwas bewegen wollen: Die Land- und Hofeigentümer*innen können Einfluss nehmen, sie müssen es nur wollen und tun. Sie entscheiden, an wen sie verkaufen oder verpachten und zu welchen Bedingungen. Viel zu sehr lassen wir uns noch von den Entwicklungen treiben und reagieren nur. Wir alle (Politik, Landwirt*innen, Grundeigentümer*innen, Verbraucher*innen) müssen eine aktivere Rolle einnehmen. Und diese beginnt mit einem gesellschaftlichen Bild: In welcher Landschaft wollen wir leben und mit welcher Landwirtschaft wollen wir uns wie ernähren?

Uwe Greff, Vorstand der BioBoden Genossenschaft eG, uwe.greff@bioboden.de

